



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche
Institut für Geschichte
Stiftung Universität Hildesheim**

Lars P. Feld
Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion
19.06.2018

Zum Referenten

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, geboren am 9. August 1966, absolvierte sein Abitur im Jahr 1985 am Illtalgymnasium in Illingen und besuchte anschließend die Universität des Saarlandes. Dort schloss er 1993 seine Diplomprüfung für Volkswirte ab und wechselte im Jahr 1995 an die Universität St. Gallen in der Schweiz, an der er 1999 zum Dr. oec. promovierte und schließlich 2002 im Fach Volkswirtschaftslehre habilitierte.

Von 2002 bis 2006 war er als Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Finanzwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg tätig. Im Anschluss von 2006 bis 2010 war er Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und ist seit 2010 Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Im Jahr 2007 wurde Prof. Feld als Sachverständiger für die Kommission vom Bundestag und vom Bundesrat zur Modernisierung der Finanzbeziehungen der Länder benannt und wirkte konsultativ an der neuen deutschen Schuldenbremse mit. Zudem war er von 2005 bis 2012 als federführender Herausgeber der Perspektiven der Wirtschaftspolitik und in den Jahren von 2007 bis 2009 als Präsident der European Public Choice Society tätig.

Lars Feld ist Direktor des Walter Eucken Instituts, Gastprofessor am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Weiterhin ist er Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium und Mitglied des unabhängigen Beirats beim Stabilitätsrat sowie Sprecher des Kronberger Kreises.

Durch seine Arbeit in zahlreichen Gremien und Räten wirkt Herr Feld nicht nur als Professor für Wirtschaftspolitik, sondern auch an der Schnittstelle zur Politik.

Der Vortrag

I. Kräftiger Aufschwung, geldpolitische Wende

II. Stabilität für den Euroraum

III. Globalisierung

IV. Schlussbemerkung

Der Referent beginnt mit der deutschen Situation im Jahr 2018 und erwähnt die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, welche sich mit Prognosen beschäftigen. Dazu zählen das ifo-Institut in München und das Rheinisch-Westfälische-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, welche in ihren Prognosen für dieses Jahr ein Wirtschafts-

wachstum von deutlich über zwei Prozent vorhersagten, diese nun aber nach unten korrigierten. Dennoch befindet sich Deutschland noch im Wirtschaftswachstum (+1,8%), aber das Wachstum sei im Vergleich zu vorher gedämpft. Es könne sich aufgrund von Sondereffekten dabei lediglich um eine sogenannte "Wachstumsdelle" handeln.

Anschließend geht Herr Feld auf die Lohnentwicklung in Deutschland ein und erläutert deren Zusammenhang mit der Inflationsrate, von der die EZB auszugehen hat. Die Entwicklung in Portugal, Spanien und Irland sei in den vergangenen Jahren sehr positiv. Die deutsche Wirtschaft befände sich derzeit noch immer in einer Überauslastung der Kapazitäten, die durch die expansive Geldpolitik der EZB weiter angefeuert werde. Im Anschluss erklärt er, ob und wann es sich um eine restriktive oder expansive Geldpolitik handle. Die derzeitige Situation im Euroraum sei durch eine stark expansive Geldpolitik und eine schwach expansive Fiskalpolitik bei sich gleichzeitig erholenden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet. Herr Feld ist der Meinung, dass international zu viel Geld ausgegeben werde und diese Tatsache in der internationalen Diskussion zu wenig Niederschlag finde. In diesem Zusammenhang geht er auf die Schuldenstandsquoten einiger wichtiger wirtschaftsstarker Länder ein.

Herr Feld diskutiert besonders ausführlich die Situation Italiens, da es mit 132% und damit - in absoluter Höhe - das am dritthöchsten verschuldete Land der Welt ist (nach den USA und China). Zudem habe Italien seit Eintritt in die Währungsunion ein negatives Produktivitätswachstum, wodurch die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und langfristiges Wirtschaftswachstum nicht gegeben seien. Als Grund für diese negative Entwicklung nennt Herr Feld insbesondere die zu starke Regulierung der Produkt- und Arbeitsmärkte in Italien, was dazu führe, dass viele Unternehmen ein Wachstum meiden, um den schärferen Regulierungen für große Unternehmen nicht zu unterliegen. Die Folge davon sei, dass die Firmen sowohl ihren Hauptsitz, als auch ihre Produktion, in andere Länder verlegten. Das Problem liege auf der Angebotsseite, nicht auf der Nachfrageseite. Weitere Folgen seien rückgängige Weltmarktanteile und eine rückläufige Industrieproduktion. Diese Situation stelle ein hohes Risiko für die Wirtschaftsentwicklung und für die Währungsunion insgesamt dar.

Anschließend erläutert der Referent, auf welche Weise der Euroraum versucht, sich vor solchen Risiken zu schützen. Dabei sei zu beachten, dass die EU auf der einen Seite eine vergemeinschaftete Geldpolitik hat, die von der EZB betrieben wird, und auf der anderen Seite die nationale Souveränität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fortbesteht. Um dies sicherzustellen, gelten zum einen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung und zum anderen das Nicht-Beistandsgebot, die dafür sorgen, dass weder die EZB noch ein Mitgliedstaat einem anderen Mitgliedstaat in finanzieller Not helfen darf.

Die Staatsanleihekäufe der EZB verstoßen nicht, so Feld, gegen eines der genannten Verbote. Um dies zu verdeutlichen, erläutert er am Beispiel Griechenlands das Prinzip der Umschuldung sowie die Funktionsweise des ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus). Eine weitreichende Veränderung der Bankenaufsicht und andere rechtliche Änderungen für die Banken, die durch die Schuldenkrise im Euroraum ausgelöst wurden, nennt Herr Feld und kritisiert zu Teilen das Nichtvorhandensein einiger, seiner Meinung nach, notwendiger Regelungen, wie z. B. die sogenannten Großkreditvorschriften. Des Weiteren nennt er verschiedene Vorschläge, um die Bankenunion „wetterfester“ zu machen und geht zugleich auf die Meinung des Sachverständigenrates zum genannten Vorschlag ein.

Im Anschluss nennt Prof. Feld einige wichtige Maßnahmen zur „Vervollständigung der Banken- und Kapitalmarktunion“, wie z.B. einen raschen Abbau der notleidenden Kredite oder eine Abmilderung des Staaten-Banken-Nexus. Zudem betont er besonders die Diskussion um eine Ablösung der Ex-Post Konditionalität durch Ex-Ante Konditionalität.

Zum Schluss geht er auf die Wohlfahrtssteigerung durch die Globalisierung ein und erläutert ihre Bedeutung für die Reduzierung der weltweiten Armut, weshalb man, seiner Auffassung nach, versuchen sollte "möglichst mit allen Mechanismen, die zur Verfügung stehen, dem Protektionismus entgegenzutreten und zwar in jeder Hinsicht". Als letzten Punkt erklärt Prof. Feld die Folgen der Trumpschen Steuerreform in den USA, insbesondere für Schwellenländer wie die Türkei und Argentinien und die Turbulenzen in diesen Ländern. Darauf muss man sich mit nationalen Steuerreformen einstellen.

Zusammenfassung der Diskussion

Frage:

Was stimmt denn an der These, dass Europa grundsätzlich weniger Zölle bezahlt als die Amerikaner? (Die Frage bezieht sich aber lediglich auf die Zölle zwischen den USA und Europa und nicht alle Zölle die entrichtet werden)

Antwort:

Europäer erheben insgesamt etwas höhere Zölle als die Vereinigten Staaten. Es ist aber nicht möglich, diese Zölle einfach gegenüber den USA zu senken, da sich dies nach dem Prinzip der Meistbegünstigung der WTO auf Drittstaaten auswirken müsste. Dahingehende Ausnahmeregelungen der WTO könnten nur in umfassenden Freihandelsabkommen in Anspruch genommen werden. Wir sind keineswegs Musterknaben im Hinblick auf Zölle.

Frage:

Was ist „Vollgeld“ und was hätte es in der Schweiz bedeutet, wenn die Abstimmung angenommen worden wäre und wäre es Vorbild für Europa oder weltweit sogar? (Hintergrund zu dieser Frage ist die Volksabstimmung am 10. Juni 2018 in der Schweiz zur Einführung von „Vollgeld“)

Antwort:

Nein, das Problem wäre riesig. Am besten macht man es nicht. Vollgeld heißt, dass die Banken, die Kredite ausleihen, diese fast vollständig mit Eigenkapital unterlegen müssen. Die Geldschöpfung durch das Bankensystem wird damit reduziert oder gar ausgeschlossen. Ein erstes Problem besteht im Übergang von heute auf morgen. Das zweite Problem liegt darin, dass nicht nur die Notenbank Geld schöpft, sondern auch die Geschäftsbanken. Diese Maßnahme würde daher die Stabilität des Bankensystems nicht erhöhen.

Frage:

Kann man ein Eurozonen-Parlament schaffen, in welchem Währungs- und Finanzexperten sitzen, die von nationalen Körperschaften entsendet werden? (Eine Frage von Prof. Gehler bei der er sich auf Monika Wulf-Mathies bezieht, die ein solches Eurozonen-Parlament mal anregte)

Antwort:

Die Hoffnung, dass Experten bessere Entscheidungen treffen, trügt. Erstens haben sie eigene Interessen. Zweitens werden sie rasch zum Spielball politischer Kräfte. Drittens macht jeder Fehler, sogar Experten. Viertens müssen Verteilungsfragen gelöst werden. Das lässt sich nicht auf Basis wissenschaftlicher Expertise leisten, sondern muss von gewählten politischen Entscheidungsträgern austariert werden. Schließlich: Ein Eurozonen-Parlament stellt die Legitimität des Europäischen Parlamentes in Frage. Finanzpolitische Entscheidungen können in der EU aber letztlich erst dann auf der europäischen Ebene getroffen werden, wenn die EU zum Bundesstaat geworden ist – mit demokratischer und rechtsstaatlicher Legitimität.

Frage:

Wer wird oder wen wünschen Sie sich als Nachfolger von Draghi?

(Die Frage bezieht sich auf den Präsidenten der EZB, welcher momentan (2018) Mario Draghi ist)

Antwort:

Wenn ich wünschen darf: Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Es wird schwierig, weil er von Frankreich und Italien abgelehnt wird. Deutschland muss allerdings irgendwann den EZB-Präsidenten stellen. Wenn es nicht Weidmann werden soll, wer könnte es sonst aus Deutschland sein? Diese Frage sollte beantwortet werden, wenn Jens Weidmann tatsächlich nicht durchsetzbar ist.

Frage:

Wie weit bestimmt eigentlich Währungspolitik - in hohem Maße - Stabilität von nationalen Regierungen? (Eine Frage von Prof. Gehler, bei der er die Währungspolitik der Türkei und den Wertverfall der türkischen Lira aufgreift)

Antwort:

Es ist schon seit langem so, dass Bewegungen an den Kapitalmärkten Auswirkungen auf die Länder weltweit haben. Es ist ärgerlich für das betroffene Land, wenn die Finanzmärkte so reagieren, aber häufig genug treten diese Kapitalbewegungen auf, weil man im eigenen Land zu viele Fehler macht und daher die Turbulenzen zu stark werden. Beispielsweise sind die Probleme der Türkei hausgemacht.

Frage:

Hat der Brexit in irgendeiner Weise Folgen auf das, was sie heute vorgetragen haben? (Eine Frage von Prof. Gehler, da die Frage des Brexits noch keine Erwähnung fand, "vielleicht weil schon konsumiert?")

Antwort:

Großbritannien hat eine der besten Verwaltungen weltweit, aber die Regierung handelt nicht nach deren Empfehlungen. Auf das Land kommen nach einem Brexit enorm hohe Kosten zu, insbesondere wenn es zu einem harten Brexit kommt. Wir werden sehen, was die Regierung macht.